

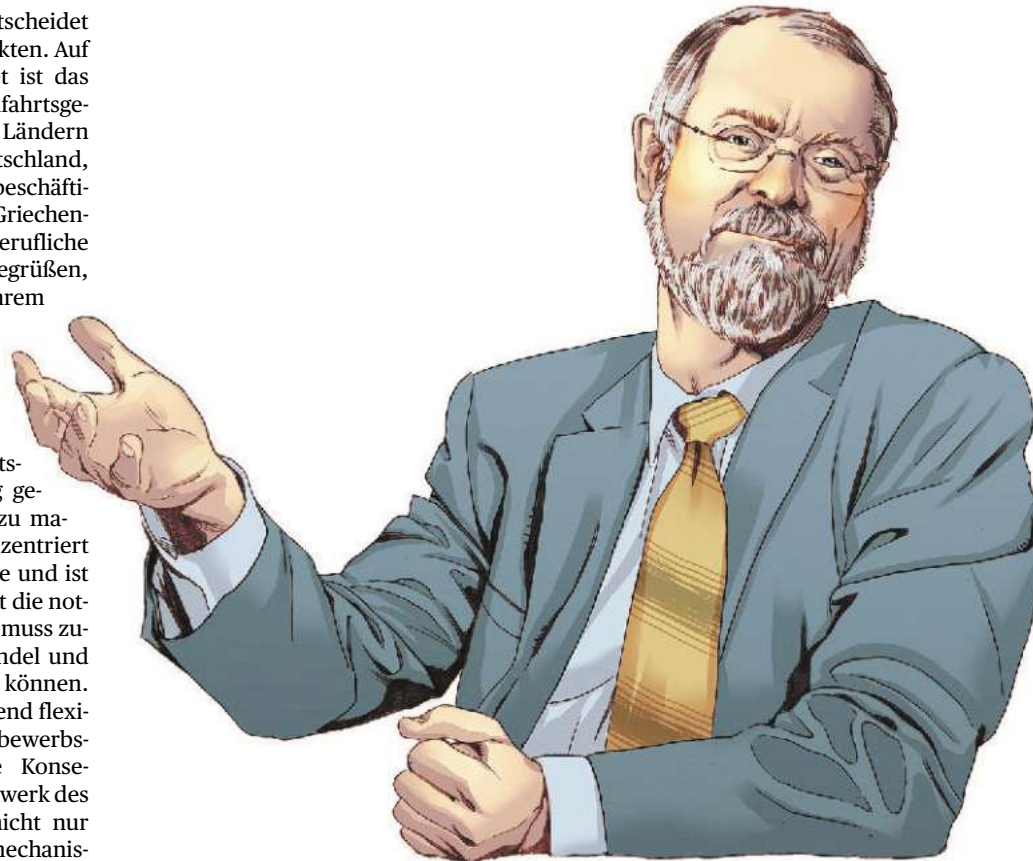
Agenda für Arbeit

Klaus F. Zimmermann fordert von der EU, neue beschäftigungspolitische Impulse zu setzen.

Die Zukunft Europas entscheidet sich auf den Arbeitsmärkten. Auf keinem anderen Gebiet ist das Wirtschafts- und Wohlfahrtsgefälle zwischen den Ländern heute so dramatisch. Während Deutschland, Österreich und die Niederlande Vollbeschäftigung ansteuern, wächst in Spanien, Griechenland und Italien eine Jugend ohne berufliche Perspektive auf. Deshalb ist nur zu begrüßen, dass Europas Regierungschefs auf ihrem nächsten Gipfel am 30. Januar die Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt stellen wollen. Eine europäische Agenda für mehr Beschäftigung muss das Ziel sein.

Zwar ist eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf den Weg gebracht worden, um ihn effektiver zu machen. Doch dieses Reformpaket konzentriert sich auf die fiskalpolitischen Defizite und ist kaum in der Lage, dem Arbeitsmarkt die notwendigen Impulse zu geben. Dieser muss zugleich auf den demografischen Wandel und den globalen Wettbewerb reagieren können. Dies gelingt nur mit einem hinreichend flexiblen, offenen Arbeitsmarkt mit wettbewerbsfähigen Strukturen. Eine wichtige Konsequenz wäre deshalb, im neuen Regelwerk des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht nur bessere Kontroll- und Sanktionsmechanismen für ausgeglichene Haushalte zu verankern, sondern ebenso Parameter für die Beschäftigungsentwicklung, für Innovation und Wachstum.

Die EU-Kommission braucht überzeugende Instrumente, damit die Euro-Staaten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessern und ihre Arbeitsmärkte reformieren, vor allem liberalisieren. Ein Anreizsystem sollte geschaffen werden, das insbesondere in den Krisenländern erkennbare und messbare Fortschritte beim Aufbau neuer Beschäftigung prämiiert. Dabei muss jedes Land seine eigene Reformstrategie entsprechend seinen spezifischen Bedingungen wählen. So



ist in den Euro-Krisenländern der Dienstleistungsanteil sehr hoch, und entsprechend abhängig ist die Wirtschaft von der Beschäftigungsnachfrage. Die deutsche Exportindustrie hingegen ist wegen ihrer Kapitalintensität nicht so abhängig vom Arbeitsmarkt. Andere Länder müssen vor allem ihre agrarischen Strukturen überwinden.

Europa muss seine Arbeitsmärkte demografiefest machen. Dazu gehört eine bessere Abstimmung im Bildungs- und Beschäftigungssystem, um Zukunftsbedarfe frühzeiti-

ger zu erkennen. Deutschland muss seine weibliche Erwerbsquote besser ausschöpfen und hier dem Vorbild Frankreichs oder der skandinavischen Länder folgen. Wir brauchen mehr Anreize, Ältere länger zu beschäftigen. Das Festhalten an starren Rentenaltersgrenzen ist in einer flexiblen Erwerbsgesellschaft immer weniger zeitgemäß.

Um die Arbeitsmärkte zu entfesseln, ist es zentral, die Mobilität im europäischen Binnenmarkt mit seinen rund 500 Millionen Einwohnern deutlich zu erhöhen. Zu viele natio-

nale Einzelregelungen behindern immer noch die Freizügigkeit, etwa bei der Anerkennung von beruflichen Qualifikationen. Dies sichert den Transfer von Wissen, fördert Innovationen und vermeidet die Verschwendung menschlicher Ressourcen. In Krisenzeiten sollten insbesondere Jugendliche verstärkt in solche Länder gehen, die dringend Fachkräfte suchen. So verhindern wir eine verlorene Generation; später gehen viele mit ihren gewonnenen Erfahrungen wieder zurück. Wie diese Arbeitsmigration erfolgreich wirkt, zeigt das Beispiel Türkei. Sie ist heute ein hochattraktiver Wirtschaftsstandort.

In kaum einem anderen Bereich ist die Globalisierung so weit fortgeschritten wie auf dem Arbeitsmarkt. Nicht mehr Europa und Amerika, sondern Länder wie China, Indien und die Türkei sind heute auf dem besten Wege, zur globalen Talentschmiede zu werden. Um Wohlfahrtsgewinne und volkswirtschaftliche Effizienz zu steigern, ist Europa deshalb gut beraten, sich weit für diese Talente zu öffnen.

Und wie gestalten wir die Beziehungen zu den benachbarten arabischen Reformstaaten? Während in Westeuropa das Problem der „Überalterung“ dominiert, beträgt der Altersdurchschnitt in Tunesien knapp 30, in Ägypten 24 Jahre. Da die Arbeitslosigkeit junger Menschen in der arabischen Welt selbst bei guter Ausbildung hoch ist, schauen diese jungen Eliten ganz selbstverständlich auch nach Europa. Diese Chance gilt es in beiderseitigem Interesse zu nutzen.

Für die Entscheidungen am 30. Januar sollte die Richtschnur lauten: Ein gemeinsamer Währungsraum funktioniert nur auf der Grundlage leistungsfähiger Arbeitsmärkte. Die Menschen müssen dorthin gehen, wo sie Arbeit finden. Nur so sichern wir Wachstum und Wohlstand für alle.

Der Autor ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com